

DIE USPD

Eine Herausforderung

Stefan Müller, Andreas Braune, Mario Hesselbarth¹

Im April 1917 gründete sich in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Nach knapp drei Jahren wachsender innerparteilicher Opposition gegen die Burgfriedenspolitik der Mehrheit der Sozialdemokratie waren kurz zuvor die öffentlich opponierenden Angehörigen des Reichstags aus der Partei ausgeschlossen worden. Ein Jahr zuvor schon hatte sich die Reichstagsfraktion von den Mitgliedern getrennt, die den Kurs der Fraktionsmehrheit nicht weiter mittragen und im Parlament gegen die Kriegsetats gestimmt hatten. Die USPD war Bestandteil und treibende Kraft der Antikriegsproteste, der Massenstreiks gegen den Krieg und schließlich auch der Revolution vom November 1918. Innerhalb weniger Monate des Jahres 1919 wurde die USPD mit rund 750.000 Mitgliedern „zur zweiten Massenpartei der Arbeiterklasse und des Sozialismus in Deutschland“.² Sie ragte mittlerweile an Mitgliedern und in den Wahlergebnissen an die Mehrheitssozialdemokratie (MSPD) heran. Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 trennten beide lediglich eine Million Stimmen (SPD 21,9 Prozent, USPD 17,6 Prozent). Wenige Monate später spalteten sich jedoch die Unabhängigen. Eine relative Mehrheit schloss sich der entstehenden kommunistischen Weltbewegung an und fusionierte im Dezember 1920 mit der jungen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), die bis dahin ein Schattendasein geführt hatte. Der verbliebene Teil – aber auch dieser nicht in Gänze – kehrte zwei Jahre später zur MSPD zurück. Die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Flügel in separate Organisationen war nun vollzogen.

Die USPD stellte ohne Zweifel einen Meilenstein dieses Weges zur Spaltung dar. Zur Diskussion gestellt werden soll jedoch, ob es sich bei der USPD nur um eine Fußnote dieser Geschichte handelte oder ob eine solche Beurteilung nicht allzu sehr vom Ende eines gleichermaßen schon teleologisch gedachten Entwicklungspfad aus geht. Eine solche Entwicklungserzählung geht von in der frühen Arbeiterbewegung angelegten Antagonismen aus (Reform versus Revolution), die mit dem Krieg lediglich den äußeren Anlass erhielten (Burgfrieden), um ihren weiteren politisch-organisatorischen Lauf zu nehmen (KPD-Gründung). Zur Ausleuchtung dieser Erzählung gehören die Diskussion um den Burgfriedensschluss, die

1 Andreas Braune und Mario Hesselbarth danken ihrem Mitherausgeber Stefan Müller für die Erarbeitung des Erstentwurfs dieser Einleitung.

2 Walter (2016): Nicht nur *eine* Arbeiterbewegung, S. 8.

Verortung der USPD in der politischen Landschaft selbst und schließlich die Charakterisierung der Novemberrevolution. Handelte es sich um eine Revolution, die nicht nur den Weltkrieg beendete, sondern auch die 22 Fürstenkronen zu Fall brachte? Oder handelte es sich eigentlich nur um den Zusammenbruch einer überkommenen Ordnung, der durch den Weltkrieg der letzte Stoß versetzt wurde? Waren also nicht der „Elan und das Zielbewußtsein der ‚Revolutionäre‘, sondern die absolute Kraft- und Widerstandslosigkeit der alten Gewalten [...] das kennzeichnende Merkmal“ (wie Paul Löbe zum zehnten Jahrestag der Novemberrevolution formulierte und es lange Zeit von der Führung der Sozialdemokratie so gesehen wurde)?³ Standen 1918/19 als historische Alternativen lediglich die Errichtung einer parlamentarischen Demokratie unter Zuhilfenahme ihrer Feinde, der kaiserlich-preußischen Bürokratie und des Offizierskorps, und die bolschewistische Diktatur zur Wahl? Und schließlich wirft die USPD die Frage auf, welche soziokulturellen Langzeitwirkungen der Spaltung zugrunde lagen. Waren die zu Beginn der 1920er-Jahre entstehenden neuen Organisationen nicht einfach Ausdruck der Milieuvielheit in der Arbeiterschaft? Brachten die junge KPD und die wie ein bunter Frühlingsstrauß wirkende Vielfalt an linkskommunistischen, syndikalistischen und unionistischen Organisationen nicht lediglich die Widersprüche zwischen „dem Assoziations-, Wissens- und Strebsamkeitssozialismus“⁴ der Sozialdemokratie und den jugendlichen, in Krieg und Revolution sozialisierten an- und ungelerten Arbeitermilieus zum Ausdruck?⁵

Angesichts ihrer kurzen Lebensdauer als Massenorganisation von gerade einmal fünfeinhalb Jahren wird die USPD in der Geschichtsschreibung zumeist als Zwischenstadium betrachtet, als Provisorium. So ist es wenig erstaunlich, dass der Forschungsstand seit der Hochphase der Sozialgeschichts- und Arbeiterbewegungsgeschichtsschreibung wenig vorangeschritten ist. Nach wie vor beansprucht die Monografie von *Hartfrid Krause* (1975) Gültigkeit, und sogar Eugen Pragers Darstellung aus dem Jahr 1921 kann noch mit Gewinn herangezogen werden.⁶ Hinzugekommen sind in den vergangenen Jahren allerdings regionale Untersuchungen, die den Blick auf die USPD schärfen helfen.⁷ Fortschritte gemacht haben ferner biografische Arbeiten über Sozialdemokraten, sowohl derjenigen auf Seiten der Antikriegsopposition und der USPD als auch deren innerparteilicher Kontrahenten.⁸ Auch liegen neuere Arbeiten über den Spartakusbund vor, der bis zur KPD-

3 Löbe (1928): Zehn Jahre Republik.

4 Walter (2016): Nicht nur *eine* Arbeiterbewegung, S. 9.

5 Vgl. die immer noch lesenswerte Studie von Bock (1969): Syndikalismus und Linkskommunismus.

6 Krause (1975): USPD; Prager (1921): Geschichte der USPD. Hinzu kommen Wheeler (1975): USPD und Internationale, Morgan (1975): The Socialist Left.

7 Anton (2015): Spaltung der bayerischen Sozialdemokratie; Grau (2007): „Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD): 1917–1922“; Hesselbarth (2017): USPD Thüringen.

8 Bloch (2009): Albert Südekum; Bloch (2017): Albert Südekum – Briefe; Seils (2016): Hugo Haase; Scholle / Schöler (2018): Weltkrieg; Scholle (2017): Paul Levi; Cztrich-Stahl (2012):

Gründung zur Jahreswende 1918/19 Teil der USPD war.⁹ Daneben muss natürlich jede Geschichtsschreibung oder Erzählung über die Novemberrevolution eine Charakterisierung der USPD vornehmen. An allen diesen Debatten der vergangenen Jahre waren die Beiträger dieses Sammelbandes mit ihren Detailstudien beteiligt.¹⁰

Befragt man die Geschichte der USPD auf die oben genannten drei Stränge – Rolle der Parteiflügel vor 1914 und Ursachen für den Burgfriedensschluss, Charakter der USPD und die Verortung der Novemberrevolution – so stößt man auf die intensive Verflechtung von (geschichts-)wissenschaftlicher Analyse und (gesellschafts-)politischem Zeitgeist, die, so kann man konstatieren, beide in gleichen Maßen die Wertung der USPD beeinflussten. Wolfgang Niess jedenfalls kommt zu dem Befund, dass veränderte Wertungen der Revolution zumeist nicht neuen Forschungen, sondern „in aller Regel auf veränderte politische Ausgangslagen und neue gesellschaftliche Problemstellungen“ zurückzuführen waren.¹¹ Das scheint für den speziellen Fall der USPD und ihrer Rolle im Weltkrieg und der Revolution gleichermaßen zuzutreffen – sowohl für die historischen Konjunkturen ihrer Bewertung wie die gegenwärtige Möglichkeit, die USPD außerhalb der tiefen Deutungsgräben des ‚Zeitalters der Extreme‘ neu zu betrachten und zu bewerten.

1. URSACHEN DER PARTEISPALTUNG

Ausgangspunkt jeder Bewertung und Analyse der Parteispaltung ist die Frage nach den Ursachen der sozialdemokratischen Burgfriedenspolitik und deren Bewertung. Noch vor der Parteispaltung betrachtete die radikale Linke um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten als Verrat an den Grundsätzen der internationalen Sozialdemokratie und am Ziel des Sozialismus. Diese in heftigen Parteikonflikten geborene, auf ihrer Stellung in der Partei basierende Kritik wurde später – im Kontext des Marxismus-Leninismus – in eine vermeintlich wissenschaftliche Analyse transformiert. In der DDR wurde dieses Interpretament Bestandteil staatlicher Selbstvergewisserung und in der wissenschaftlichen Literatur untermauert; der sozialdemokratische „Verrat“ bildete die Grundlage der Partei- und Revolutionstheorie und die USPD wurde gar als Versuch gewertet, die Radikalisierung oppositioneller Massen zu verhindern.¹² Dem stand schon früh und prominent die durch Arthur Rosenberg vertretene Einschätzung entgegen, bei der Zustimmung zum Burgfrieden habe es sich um sozialdemokratische

Arthur Stadthagen. Zu Karl Kautsky und Eduard Bernstein vgl. zudem Morina (2017): *Erfindung des Marxismus*.

9 Vgl. exemplarisch Luban (2008): *Spartakusgruppe*; Bois (2016): *Netzwerke der Antikriegslinken*.

10 Zur Novemberrevolution vgl. Bollinger (2014): *Weltbrand*; Weipert (2015): *Zweite Revolution*.

11 Niess (2017): *Die Revolution von 1918/19*, S. 14.

12 *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung* (1966): S. 307f.

Politik gehandelt, die sich folgerichtig aus der Vorkriegszeit entwickelt habe. Während die marxistisch-orthodoxe Interpretation von einem bereits zuvor eingenommenen Chauvinismus in der SPD ausging, wertete Rosenberg denselben Tatbestand noch als sozialistisch. Susan Miller kritisiert in ihrer wegweisenden Studie, dass all diese Positionen von einer inneren Logik in der Entwicklung der Vorkriegssozialdemokratie ausgingen.¹³ Die bereits vor dem Krieg vorliegenden Differenzen, so das von Miller kritisierte Narrativ, hätten mit innerer Notwendigkeit zum Schulterabschluss des rechten Flügels der SPD mit dem kaiserlichen Staat und in gewisser Weise auch zur Abspaltung einer oppositionellen Linken führen müssen.

Während von der marxistisch-orthodoxen Kritik die Verratsthese bis in die 1980er-Jahre breit vertreten wurde, wurde die Sozialdemokratie vor 1914 im Westen zunehmend differenzierter betrachtet. Neben der Infragestellung einer inneren Logik, der die Sozialdemokratie seit spätestens den 1890er-Jahren gefolgt sei, wird dem Organisationshandeln mit seinen Handlungsalternativen und Kontingenzen größerer Stellenwert eingeräumt. Ein schlichtes, aber eben wichtiges Argument war und ist, dass die USPD in ihrer Zusammensetzung nicht den politischen Konstellationen und widerstreitenden Linien des Vorkriegs entsprach.¹⁴ Helga Grebing hält fest, dass es zwar deutlich auseinanderstrebende Tendenzen in der Vorkriegssozialdemokratie gab, es aber auch politischen Spielraum für eine Rechtsabspaltung der Sozialdemokratie gegeben hätte. Peter Brandt verweist auf Österreich, Frankreich und Italien und resümiert, dass ein größerer Spielraum des oppositionellen Flügels, gewährt durch die Parteimehrheit, eine Spaltung hätte verhindern können. Die „sachlichen Gegensätze“ seit Kriegsbeginn seien für die Spaltung nicht zwingend gewesen.¹⁵ Stefan Berger stellt dagegen die ideologisch-politische Differenz in den Mittelpunkt, die seit dem Vorkrieg bestand und entlang derer sich die Spaltung vollzogen habe. Protagonisten wie Eduard Bernstein bildeten somit eine Ausnahme.¹⁶ In diesem Band argumentiert vor allem *Stefan Bollinger* mit den vor 1914 bereits vorliegenden Konfliktlinien. In eine durchaus ähnliche Richtung, aber mit anderen Schwerpunkten und Wertungen, weist *Max Bloch* in seinem Beitrag über die langen Linien des Interfraktionellen Ausschusses seit der Vorkriegszeit. Mit *Bernd Brauns* Beitrag über die politischen Systemziele der SPD gegen Ende des Krieges stellt sich schließlich die Frage, inwieweit die SPD und USPD mit ihren antagonistischen Zielen von parlamentarisierte Monarchie versus Räteherrschaft nicht die Debatte von Liberalen und Demokraten der Revolution von 1848 fortsetzten.

Nach wie vor – dies kann festgehalten werden – wird die Rolle der Gewerkschaften für die Parteispaltung zu wenig berücksichtigt. *Reiner Tosstorff* exemplifiziert dies in diesem Band anhand der USPD in der Phase ihrer Radikalisierung. Schon Susan Miller wies auf das Drängen der gewerkschaftlichen Vorstandskonferenz auf die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hin, den Kriegskrediten

13 Miller (1974): Burgfrieden, S. 31.

14 Grebing (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 60f.

15 Brandt (2017): Zwischen Reformsozialismus und Räte Demokratie, S. 138.

16 Vgl. Berger (2013): Parteispaltung.

zuzustimmen.¹⁷ Helga Grebing betonte wiederholt das beharrliche Drängen der Gewerkschaften, sich nicht dem linken Parteiflügel oder später den Forderungen der Rätebewegung zu beugen.¹⁸

Anders als noch vor 1989/90 wird im politisch-historischen Feld kaum noch über die Burgfriedenspolitik gestritten, man könnte sogar von einer punktuellen Annäherung der Einschätzungen und Deutungen über die Ursachen der Spaltung und das Agieren der sozialdemokratischen Mehrheit 1914 sprechen. Obgleich sich auch heute noch Positionen finden, die der USPD eine inkonsequente Antikriegshaltung unterstellen, hat sich die Debatte versachlicht.¹⁹ Diese geschichtspolitische Detente hat ihre Ursachen nicht zuletzt auch in der Desavouierung marxistisch-leninistischer Deutungsmuster. Trotz dieser Annäherungen finden sich aber auch in diesem Sammelband differierende Wertungen der Parteispaltung. Mal wird die Frage der Disziplinlosigkeit und des Treubruchs durch die Burgfriedensgegner in den Mittelunkt gerückt, die das Fass für die Mehrheit habe überlaufen lassen. In anderen Beiträgen wird stärker die politische Hoffnung des Mehrheitsflügels betont, durch die bedingungslose Einordnung in das Militärregime mit der Parlamentarisierung des Reiches belohnt zu werden. Der von der Mehrheit vollzogene Bruch mit der Minderheit 1916/17 stellte somit keine Reaktion auf Disziplinlosigkeit dar, sondern galt dem Beweis der Loyalität. In dieser Frage setzen im vorliegenden Band *Walter Mühlhausen* und *Wolfgang Kruse* unterschiedliche Akzente.

2. DIE NOVEMBERREVOLUTION IN DER DEUTSCHEN GESCHICHTE

So wie der Burgfrieden und die Spaltung der Arbeiterparteien unterlag auch die Novemberrevolution einem historisch-politischen Deutungsstreit, deren Ausläufer bis in die 2000er-Jahre reichten.²⁰ Die Novemberrevolution zählt politisch-historisch zwar nicht zu den umstrittensten Ereignissen der deutschen Geschichte und dient mittlerweile auch nicht mehr als „Negativfolie politischer Gegenwartsauseinander“,²¹ deren Charakterisierung fällt jedoch nach wie vor schwer. Noch vor kurzem konnte Helga Grebing fragen: „War sie steckengeblieben, halbherzig, gescheitert, fehlgeschlagen, unvollendet geblieben, klein gehalten, ungeliebt, fehlgeleitet, verraten, schließlich vergessen?“²² In dieser, mehrere Jahrzehnte an Deutungsge-

17 Miller (1974): Burgfrieden, S. 48ff.

18 Grebing (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.

19 So in der Mitgliederzeitung der Linksparte: Friedmann (2016): Ein grundsätzlicher Konflikt. Ein anderer Tenor findet sich in der SPD-Mitgliederzeitung Vorwärts, wo Horsmann (2017): Einheit, Liebknecht und Luxemburg unter dem pazifistischen Flügel der Partei subsumiert.

20 Gallus (2010): Die vergessene Revolution.

21 Stalman (2016): Wiederentdeckung der Revolution, S. 522. Grundsätzlich zur Geschichte historiografischer Deutungen der Revolution vgl. Niess (2013): Revolution von 1918/19 in der deutschen Geschichtsschreibung.

22 Grebing (2017): Einhundert Jahre, S. 198.

schichte zusammenfassenden Frage weist sie auf die Herausforderung hin, die Revolution in der deutschen Geschichte zu verorten.

Zunächst, nach dem November 1918, in der Weimarer Republik, wollte und konnte sich keines der großen politischen Lager mit der Revolution identifizieren. Die rechten Gegner der Weimarer Republik bis hin zu den Nationalsozialisten kleideten ihren Hass auf die parlamentarische Demokratie in ihre Anklagen gegen die ‚Novemberverschöcker‘ und deren angeblichen ‚Dolchstoß‘. Die linksradikalen Widersacher Weimars kritisierten den von Ebert und Noske zu verantworteten Umschlag der Revolution in eine angebliche Gegenrevolution (mit der späteren Zuspitzung, die Sozialdemokraten als Sozialfaschisten zu bezeichnen), während andere linke Kritiker der Republik die lediglich formale und ideenlose Demokratie ankreideten.²³ Für alle galt, auch für die Unterstützer der Weimarer Demokratie, dass die Revolution nicht mit den vergleichsweise ruhigen Wochen des November und Dezember 1918 in Verbindung gebracht wurde, sondern mit der Gewalteskalation des Jahres 1919.

Nach dem Zweiten Weltkrieg deutete die westdeutsche Geschichtswissenschaft die Revolution vor dem Hintergrund der Bolschewismusgefahr und würdigte damit das Agieren der Mehrheitssozialdemokratie. Ein Aufsatz von Karl Dietrich Erdmann galt lange – trotz bereits kurz darauf geäußelter Kritik – als Grundlage der Analyse und Bewertung.²⁴ Dies änderte sich in den 1960er-Jahren mit der Identifizierung der Arbeiter- und Soldatenräte als mehrheitlich nichtkommunistische und vielfach basisdemokratische Institutionen, deren demokratisches Potential durch die sozialdemokratische Regierung vernachlässigt und fälschlicherweise nicht genutzt wurde.²⁵ Mittlerweile werden im Lichte der zunehmenden Historisierung der Revolution die Handlungsoptionen der Akteure vorsichtiger beurteilt; die Beurteilung konkreter Entscheidungen weicht der Sicht auf die Komplexität der Revolution und der damit eingeleiteten Epoche sowie die Wirkmächtigkeit von Mentalitäten in der *longue durée*.²⁶ Auch wenn die Handlungsoptionen der Protagonisten zurückhaltender beurteilt werden, finden sich zur Novemberrevolution noch immer starke Wertungen. So begreift Wolfgang Niess die Zeitphase 1918/19 als den „wahren Beginn“ der Demokratie in Deutschland.²⁷ Gleichfalls pointiert, aber in die gegensätzliche Richtung tendierend, kann Mark Jones‘ (für die deutschsprachige Leserschaft noch zugespitzte) Bewertung der Revolution gelten, wonach die von der Mehrheitssozialdemokratie zu verantwortende staatliche Gewalteskalation des

23 Vgl. Gallus (2010): Erinnerung und Deutung im Wandel.

24 Erdmann (1955): Geschichte der Weimarer Republik. Zur Kritik vgl. Matthias (1956): Geschichte der Weimarer Republik.

25 Vgl. insbesondere Kolb (1962): Arbeiterräte; von Oertzen (1963): Betriebsräte in der Novemberrevolution.

26 Vgl. Stalman (2016): Wiederentdeckung der Revolution.

27 Niess (2017): Die Revolution von 1918/19.

Jahres 1919 gegen die vermeintliche bolschewistische Gefahr Teil der Entstehungsgeschichte des NS-Gewalt- und Vernichtungsregimes gewesen sei.²⁸

Die Wertung der Novemberrevolution ist zwar nun nicht mehr in demselben Maße wie zu Zeiten des Kalten Krieges durch politische Grundsatzkonflikte geprägt. Dennoch sind neben Untersuchungen, die auf die geringen Handlungsoptionen der Akteure verweisen, und zugespitzten Wertungen über Resultate des November 1918 noch immer die alten Erzählungen präsent. Im Fokus steht dabei häufig der Spartakusbund, dessen Rolle in der Antikriegsbewegung in diesem Band von *Marcel Bois* beleuchtet wird. Wie unvermittelt in der Literatur dabei konträre Wertungen koexistieren, mag man am edierten Revolutionstagebuch Victor Klemperers ermesen: Im Vorwort hebt Christopher Clark die Bedeutung einer „dem sowjetischen Vorbild verpflichteten kommunistischen Linken“ hervor („Freikorps-truppen und Spartakisten lieferten sich erbitterte Gefechte“),²⁹ wohingegen Wolfgang Wette in seinem historischen Nachwort darauf hinweist, dass die „Berliner Januarunruhen [...] schon in der zeitgenössischen Feindbildpropaganda fälschlicherweise als ‚Spartakusaufstand‘ bezeichnet“ wurden.³⁰

Trotz Diversifizierung der Fragestellungen und Themen zur Revolution sowie einem durchaus neu erwachten Interesse seit dem 90. Jahrestag ist der Befund zur Novemberrevolution noch immer zwiespältig. Die Revolution ist vergleichsweise gut erforscht und weist zugleich Leerstellen auf; die Revolution unterliegt noch immer konträren Wertungen, stößt aber dennoch in Forschung und Erinnerungskultur auf vergleichsweise geringes Interesse. So bleibt einerseits die Frage, ob die zunächst „ungeliebte“ Revolution noch immer eine „vergessene“ Revolution sei. Andererseits muss gefragt werden, in welchem Maß das Schließen von Forschungsdesiderata neue Erkenntnisse über den Charakter der Revolution und ihre Langzeitwirkungen hervorbringen wird. Insofern hoffen wir, dass das aus dem 100. Jahrestag erwachsende Interesse der Forschung und Erinnerungskultur Anstöße verleiht. In der Reihe ‚Weimarer Schriften zur Republik‘ sind neben diesem Band zumindest schon einmal zwei weitere Bände zur Revolution in Vorbereitung: Albert Dikovich und Alexander Wierzock dokumentieren in ideen- und philosophiegeschichtlicher Perspektive Vorstellungen des ‚neuen Menschen‘ und über das ‚politische Imaginäre‘ in der Philosophie, Literatur und den Humanwissenschaften im Mitteleuropa der Revolutionsepoche, während Michael Dreyer und Andreas Braune die Beiträge zu der von ihnen organisierten internationalen Fachtagung „Zusammenbruch, Aufbruch, Abbruch – Die Novemberrevolution als Ereignis und Erinnerungsort“ in einem weiteren Band publizieren werden.³¹

28 Jones (2017): Am Anfang war Gewalt. In der deutschen Geschichtswissenschaft wird dieser Darstellung eher skeptisch begegnet, vgl. Wirtz (2018): Tagungsbericht; Schumann (2017): Rezension zu Mark Jones.

29 Clark (2015): Vorwort, S. 5.

30 Wette (2015): Die deutsche Revolution, S. 203.

31 Vgl. Wirtz (2018): Tagungsbericht.

3. DIE ZUKUNFT DER USPD

Die USPD ist als sozialistische Linkspartei im Spannungsfeld von Sozialdemokratie und entstehendem Kommunismus nicht alleinig ein Forschungsthema der Arbeiterbewegungsgeschichte. Ihre Themen verweisen auf die soziokulturellen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen und Konflikte der Weimarer Republik. Politische Entscheidungen sowie sozioökonomische und kulturelle Entwicklungen lassen sich wie in einem Brennglas nachvollziehen. Weder war die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung mit der Gründung in Gotha im April 1917 besiegelt, noch determinierte die Kooperation der Mehrheitssozialdemokratie mit den alten Gewalten seit dem November 1918 den Rechtsterrorismus oder gar das Ende der Weimarer Republik. Die Geschichte der Weimarer Republik war offen. Politische Entscheidungen und Einflussnahmen, vielfach von einem auf den anderen Tag getroffen, kollidierten auf (transnationaler Ebene) mit langfristigen Tendenzen, die im Jahr 1919 eine Dynamik von Radikalisierung in Gang setzen. Hierzu zählt zum einen die von der sozialdemokratischen Regierung im Frühjahr 1919 zu verantwortende militärische Gewalt gegen streikende Arbeiterinnen und Arbeiter, die, verstärkt durch zerstobene Revolutionserwartungen, zur Radikalisierung eines Teils der Arbeiterschaft führten. Es handelte sich um die „Erbitterung immer größerer, auch mehrheitssozialdemokratischer Teile der Arbeiterschaft über den Noske-Kurs“.³² Hierzu zählt zum anderen die auf Spaltung drängende Politik der Kommunistischen Internationale (Komintern), die in hoher Erwartung einer sich im Westen in den Startlöchern befindlichen Revolution und aufgrund des inneren Drucks eine sozialistische Massenpartei zu zerschlagen bereit war.³³

Dabei kann es nicht darum gehen, eine, wie Axel Schildt kritisierte, „kontrafaktisch angehauchte Dauerdiskussion“ um verpasste Chancen neu zu munitionieren.³⁴ Stattdessen müssen die soziokulturellen Traditionslinien und deren Zuspitzungen untersucht werden. Im Sinne vergangener Zukünfte ist nach den in der USPD vorzufindenden Zukunftsvorstellungen (und dem korrespondierenden Zukunftshandeln) zu fragen.³⁵ In der USPD prallten Milieus mit unterschiedlichen Erfahrungsräumen aufeinander, die nach einer kurzen Phase der Übereinkunft (1917/18) verschiedene Modi an Zukunftsvorstellungen aufwiesen: Eine junge, im und durch den Krieg sozialisierte Generation sah sich hinsichtlich ihrer (utopischen und zugleich auf rasche Veränderungen drängenden) Zukunftsvorstellungen den organisationserfahrenen, auf eine lange Geschichte zurückblickenden (und auf

32 Brandt (2017): Zwischen Reformsozialismus und Rätedemokratie, S. 142.

33 Auf diese real existierende internationalistische Hoffnung weist Albert (2017): Charisma der Weltrevolution, hin.

34 Schildt (2010): Historisierung des langen November, S. 233.

35 Zu den Konzepten vergangener Zukunftsvorstellungen findet seit einigen Jahren eine breite Debatte in der Geschichtswissenschaft statt. Vgl. Becker / Scheller / Schneider (2016): Ungewissheit des Zukünftigen; Hölscher (2016): Entdeckung der Zukunft (hierbei handelt es sich um die Überarbeitung des Textes von 1999); Landwehr (2016): Abwesenheit der Vergangenheit; Radkau (2017): Geschichte der Zukunft; Seefried (2015): Zukünfte.

Zukunftsstabilität orientierten) Vorkriegssozialdemokratinnen und -sozialdemokraten gegenüber.³⁶ Da Fragen nach Zukunftsvorstellungen in der Arbeiterbewegung zumeist mit den großen sozialistischen Ideen des 19. Jahrhunderts verknüpft wurden, wurde die Revolutionszeit und die Weimarer Republik lange Zeit vernachlässigt.³⁷ Ausgehend von Konzepten zur historischen Zukunftsforschung können so beispielsweise politisch-generationale Prozesse zwischen etwa 1914 bis 1933 verfolgt werden. Auf die Generationendifferenz weist in diesem Band insbesondere *Hartfrid Krause* hin. Dass es sich bei der Novemberrevolution in ihrer sozialen, politischen und kulturellen Tiefe sowie in ihrer zeitlichen Ausdehnung (bis mindestens 1919 als dem Jahr der zweiten Revolutionsphase) um eine (im semantischen Sinne) Deutsche Revolution handelte, ist in der Forschung unbestritten. Seit einigen Jahren wird darüber hinaus intensiver über die zusätzliche Ausweitung des Zeitraums (1916 bis 1923), aber auch der Topografie der Revolution (in transnationaler Perspektive) diskutiert.³⁸ Einen weiteren Weg stellt die von Thomas Welskopp vorgeschlagene Unterscheidung von Zukunftsvorstellungen und Zukunftshandeln in der Arbeiterbewegung entlang der drei Kategorien Utopie, Prognose und Programm dar.³⁹ Analysiert man die Konjunkturen des Revolutionsdiskurses in der Sozialdemokratie vor 1914, so kann man resümieren, dass gerade die Transformation der Revolution von einer (aktiv anzustrebenden) Utopie in eine (passiv zu erwartende) Prognose es der Sozialdemokratie ermöglichte, den „Spagat“ zwischen parlamentarischer Tagespolitik und sozialistischen Sehnsüchten zu bewältigen. Mit der Spaltung der Partei, so führt Stefan Berger diese Überlegung fort, mussten sozialdemokratische Zukunftsvorstellungen fortan mit den Prognosen, Programmen und Utopien der kommunistischen Bewegung konkurrieren.⁴⁰ Im Ergebnis konstatiert Berger einen Utopieverlust auf beiden Seiten, und nach dem Sieg der Nationalsozialisten und der Blockbildung seit 1945 kann man gar von einer Versteinering utopischen Denkens in beiden Lagern sprechen.

Insbesondere eignet sich die USPD für die Untersuchung der beginnenden Weimarer Republik, da diese junge Organisation als die eigentliche Partei der Revolution betrachtet werden kann. Im Vergleich zur Mehrheitssozialdemokratie verfolgte sie nicht das Ziel einer Einhegung und Begrenzung der Revolution im Namen von ‚Ruhe und Ordnung‘, sondern verstand sich selbst als Teil und Antrieb der revolutionären Bewegung. Beiden – der MSPD wie der USPD – war die Revolution in den Schoß gefallen, aber anders als die MSPD wollte die USPD die Gelegenheit in vielerlei Hinsicht beim Schopfe packen. Sie war zwar auch keine im engeren Sinne „revolutionmachende Partei“ (obgleich ein Teil von ihnen dies durchaus sein wollte), aber sie schrieb sich Kernanliegen der Novemberrevolution auf ihre

36 Zum Erfahrungsraum vgl. Koselleck (1989): Erfahrungsraum und Erwartungshorizont. Zur kritischen Rezeption der Koselleck'schen Termini und kategorialen Vorschlägen für Modi der Zukunft vgl. Graf / Herzog (2016): Geschichte der Zukunftsvorstellungen.

37 Graf (2008): Zukunft der Weimarer Republik, S. 17.

38 Zuletzt Weinbauer / McElligott / Heinsohn (2015): Germany 1916–1923.

39 Welskopp (2017): „Neue Zeit“.

40 Berger (2017): Begrenzung der Zukunft.

Fahnen: Zum Ersten die Sozialisierung zentraler industrieller Sektoren und hier insbesondere (und zumindest) des Bergbaus, zum Zweiten die Zerschlagung der alten militärischen Eliten und Hierarchien sowie drittens schließlich zumindest die Integration rätendemokratischer Elemente in die parlamentarische Demokratie. Diese drei zentralen Forderungen wurden vom Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte Mitte Dezember 1918 in Berlin erhoben, sie standen aber auch im Fokus des Berliner Generalstreiks vom März 1919 oder der Streiks und Widerstandsaktionen gegen Freikorps in Thüringen im Frühjahr 1919 (beides Themen dieses Sammelbandes in den Beiträgen von *Axel Weipert* und *Mario Hesselbarth*). Es handelte sich um Forderungen, die weit in das sozialdemokratische Milieu hineinreichten und wenn nicht von der Mehrheit, dann zumindest von einem relevanten Teil der MSPD-Mitgliedschaft geteilt wurde. Dieses Argument wird insbesondere in den Beiträgen von *Wolfgang Kruse* und *Hartfrid Krause* in diesem Band betont. Über die Weimarer Republik hinaus war die Spaltung der Arbeiterbewegung in den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts in die Signatur eines ganzen Jahrhunderts eingeschrieben.⁴¹ Ob man von einem engeren Fokus der Parteiengeschichte ausgeht oder aber die Flughöhe des weltpolitischen Blockkonflikts in der zweiten Jahrhunderthälfte in den Blick nimmt: In der USPD-Geschichte finden sich die Grautöne dieses Konfliktes, die von den hegemonialen Kräften überdeckten Differenzierungen.

Die USPD wird insofern (insbesondere aus politisch linker Perspektive) mitunter als verschüttete Alternative betrachtet, deren Forderungen und politische Positionen hinsichtlich der Stärkung und Sicherung der Demokratie einen alternativen Entwicklungsweg hätten darstellen können. In unserem Sammelband wirft *Axel Weipert* diese Fragen in seinem Beitrag auf, wenn er die Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte würdigt. Aber auch schon Helga Grebing betonte, dass MSPD und Gewerkschaften durch ihre rigorose Ablehnung der Räte deren „massenmobilisierende reformerische Kraft [schwächten]“.⁴² Offen bleibt, wie dieser Weg jedoch ohne die repressive Unterdrückung zumindest eines erheblichen Teils des Bürgertums hätte durchgesetzt werden können. Auf diese zeitgenössisch schon umstrittene Frage weist *Mike Schmeitzner* in seinem Beitrag über Karl Kautsky in diesem Band hin. Abgesehen von der Praxistauglichkeit der USPD-Positionen fanden entlang dieser drei Forderungsbündel im Jahr 1919 die Gewalteskalation und die Radikalisierung der USPD statt. In der erneuten Spaltung 1920 spiegelten sich dann die unterschiedlichen Interessenlagen der Akteure, aber auch die Dilemmata und Widersprüche der deutschen Gesellschaft am Ende des Ersten Weltkrieges. Insofern sind frühere Wertungen zur USPD wie bei Miller überholt, die auf die innere Zerrissenheit und Konzeptionslosigkeit der Partei nach dem Krieg verweist, welche dazu geführt habe, dass diese nicht eine „Wahrerin sozialdemokratischer

41 Vgl. Schöler / Scholle (2018): Einleitung; Weipert / Bennewitz (2017): An den Rändern.

42 Grebing (2007): Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, S. 71.

Traditionen“, sondern stattdessen „zu einem Tummelplatz wirklichkeitsfremder und verantwortungsloser Radikaler“ wurde.⁴³

Mit gutem Grund kann seit dem Ersten Weltkrieg von zwei Arbeiterbewegungen gesprochen werden.⁴⁴ Dies kam mit der Spaltung der USPD 1920 zum Ausdruck. Seitdem stellt sich die Frage nach Kooperationsmöglichkeiten beziehungsweise den Grenzen der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Parteien und Organisationen (zu denen auch das gesamte kulturelle Feld zählt). In zeitgenössischen Termini ging es um die politisch beschworene ‚Einheit der Arbeiterbewegung‘. Gegen Ende der Weimarer Republik, als die nationalsozialistische Gefahr kaum noch zu negieren war, wurde die Frage eines einheitlichen Agierens dann von vielen der sogenannten Zwischengruppen mit Vehemenz aufgeworfen. Die größte dieser politisch zwischen SPD und KPD angesiedelten Organisationen war die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP). Bei der SAP handelte es sich wie schon bei der USPD um eine linke ‚Abspaltung‘ von aus der Partei geworfenen, abtrünnigen Mitgliedern und Angehörigen der Reichstagsfraktion. Die USPD wies aber nicht nur politisch-konzeptionell, sondern auch personell auf die SAP hin; wichtige Protagonisten der 1930er-Jahre wie Kurt Rosenfeld, August Siemsen, Heinrich Ströbel, Hans Ziegler oder Andreas Portune waren zuvor Mitglieder der USPD gewesen, bevor sie zur SPD zurückkehrten.⁴⁵ Dieser Befund der Nähe und Ähnlichkeit von USPD zur SAP wirft somit die Frage nach der Tradition eines spezifisch politischen Denkens, nämlich eines Linkssozialismus auf, der bislang nur ansatzweise untersucht wurde.⁴⁶ Die deutsche und die österreichische Sozialdemokratie brachte eine Reihe von Politikern hervor, die zu einem solchen historischen Linkssozialismus gerechnet werden können. Hugo Haase, dessen friedenspolitische Positionen im vorliegenden Band von *Thilo Scholle* diskutiert werden, könnte hierzu gerechnet werden.

Wie in den anderen Fragen hängt die Bewertung der USPD auch hinsichtlich ihres Potentials und ihrer Stärken zum erheblichen Teil von den Gegenwartspositionen der Interpreten ab. Max Reinhardt betont beispielsweise als einer von Wenigen in der linkssozialdemokratischen Zeitschrift „spw“ die „alternative Organisationsstruktur“ der USPD: „weniger Macht für bezahlte Parteibürokraten und mehr Demokratie für die Ortsgruppen“.⁴⁷ Angesichts des kontrafaktischen Hintergrunds vieler Urteile über die (verhinderten, verschütteten, vergessenen usw.) Potentiale der Novemberrevolution und der USPD spielen persönlich-moralische Urteile, die nur bedingt quellengesättigt argumentieren können, auch hier eine große Rolle. Die These von Niess, dass die Wertungen der Novemberrevolution insbesondere vom

43 Miller (1974): Burgfrieden, S. 397.

44 Vgl. Walter (2016): Nicht nur *eine* Arbeiterbewegung.

45 Vgl. Weber (2005): Rosenfeld; Osterroth (1960): Lexikon, S. 241 (zu Andreas Portune); Graf (2008): Politik der reinen Vernunft; Raberg (2001): *Biographisches Handbuch (zu Hans Ziegler)*. Zur SAP vgl. Drechsler (1983): SAPD; Niemann (1991): Auf verlorenem Posten.

46 Vgl. die Beiträge in Jünke (2010): Linkssozialismus in Deutschland.

47 Reinhardt (2016): Strömungsgeschichte, S. 67.